

Bockenheim unterm Hakenkreuz 1933-1945

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Noch am gleichen Tag fanden auch in der Pfalz in Büros und Privatwohnungen von Angehörigen der Arbeiterbewegung erste Durchsuchungen statt. Am 1. Februar 1933 wurde erneut der Reichstag aufgelöst und ein Demonstrationsverbot für die KPD erlassen. Legalisiert wurde die Unterdrückung Andersdenkender durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ am 2. Februar 1933. Seit dem 10. Februar 1933 wurden die Mitglieder der KPD-Bezirksleitung Baden-Pfalz mit Haftbefehl gesucht. Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag, was die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1 500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10 000 im Reich nutzten. Es folgte die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933. In der Pfalz wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und die Parteibüros geschlossen. Auch die Ludwigshafener „Arbeiter-Zeitung“ musste ihr Erscheinen endgültig einstellen.¹ Mit der Notverordnung wurden wesentliche Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt. Die Wahlveranstaltungen der SPD, des Zentrums und der Liberalen wurden von der SA massivst gestört. Die KPD wurde in die Illegalität gedrängt. Da sich aber allein schon für KPD noch am 06. November 1932 16,9 % aller deutschen Wählerinnen und Wähler – darunter immerhin 33 Bockenheimer – entschieden hatten, konnte die Reichstagswahl vom 05. März 1933 kein Ausdruck des freien Volkswillens mehr sein. Zudem wurde die Wahlbeteiligung manipulativ gesteigert, in dem z.B. alte Menschen von der SA zum Wahllokal geleitet wurden. Unter diesen Umständen kam am 05. März 1933 in Bockenheim folgendes Ergebnis zustande:

	Großbockenheim ²		Kleinbockenheim ³	
NSDAP	340 Stimmen	(+83)	253 Stimmen	(+38)
SPD	165 Stimmen	(-6)	159 Stimmen	(-18)
BVP/Zentrum	47 Stimmen	(+9)	18 Stimmen	(+5)
DNVP	16 Stimmen	(+8)	24 Stimmen	(+15)
KPD	14 Stimmen	(-13)	6 Stimmen	(-)
DVP	6 Stimmen	(-18)	12 Stimmen	(-23)
CSVD	5 Stimmen	(+3)	2 Stimmen	(+2)
DStP	0 Stimmen	(-5)	14 Stimmen	(+9)

Damit hatten die Nationalsozialisten zwar in Bockenheim die absolute Mehrheit erreicht; reichsweit waren sie jedoch mit 43,9 % deutlich gescheitert. Mit diesem für die Nationalsozialisten enttäuschenden Wahlausgang setzte eine regelrechte Welle des Terrors der SA-Formationen ein, der nun auch die Mitglieder der SPD erfasste. Dies hinterließ ein Klima der Wehrlosigkeit unter der Arbeiterbewegung. Massenverhaftungen erfassten an einigen Orten bis zur Hälfte der gesamten KPD-Mitgliedschaft, fast

immer aber die prominenten Funktionäre, die nicht untertauchen konnten. Die Mehrzahl der Opfer wurde nach Neustadt, Landau, Enkenbach und Kaiserslautern in SA-Stützpunkte und provisorische Konzentrationslager verschleppt. Ende März 1933 wurden diese Lager wieder aufgelöst und die Insassen entweder entlassen oder nach Dachau in das am 20. März 1933 auf Befehl Himmlers errichtete zentrale Konzentrationslager Bayerns überführt.⁴ Prominentestes Opfer in Großbockenheim war das Ratsmitglied und zugleich Altbürgermeister Karl Klingel, der mit 73 Jahren von den Nationalsozialisten noch als „gemeingefährlich“ eingestuft wurde und zwei Wochen lang in Frankenthal festgehalten wurde.⁵ In Kleinbockenheim war ein Anhänger der SPD um den 30. Januar 1933 von Nationalsozialisten erschlagen worden; zwei weitere Mitglieder der SPD wurden zwei Jahre in Dachau festgehalten.⁶

Mit dem Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) vom 23. März 1933 und dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurde diese Willkürakte legalisiert. Die notwendige Mehrheit im Reichstag hatte man sich einfach durch die Aberkennung der 81 Reichstagsmandate der KPD verschafft. Nur einen Tag später am 01. April 1933 erfolgte der erste organisierte Boykott jüdischer Geschäfte in ganz Deutschland – allein in Großbockenheim lebten damals noch 31 jüdische Mitbürger. In beiden Gemeinden ereigneten sich - wie im Reich - Übergriffe auf die jüdischen Mitbürger, aber es fanden sich auch noch Menschen mit Zivilcourage, wie z.B. der Kleinbockenheimer Bürgermeister Muth, was aber für ihn sein Amtsende zur Folge hatte.⁷ Denn der Aberkennung der Reichstags- und Landtagsmandate der KPD folgte die Entziehung ihrer Kommunalmandate, da die Stimmenanteile der KPD vom 05. März 1933 bei der Neuzusammensetzung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialparlamente entsprechend dem Reichstagswahlergebnis vom 05. März 1933 nicht berücksichtigt werden sollten. In Bayern erfolgte eine entsprechende Verordnung über die Neubildung der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper auf Grund des Reichstagswahlergebnisses am 7. April und die Neukonstituierung der Kommunalparlamente unter Ausschluss der KPD wurde bis zum 27. April 1933 angeordnet.⁸

Freilich war die KPD aber schon längst zerschlagen und so richtete sich auch in Bockenheim der Hauptstoß der Neubildung der Gemeinderäte gegen die SPD und lieferte den Vorwand für die absolute Machtübernahme der NSDAP auch in unseren Heimatgemeinden. Wie vollzog sie sich konkret? Am 11. April erließ Bürgermeister Ewald in Großbockenheim – entsprechend den staatlichen Vorgaben - eine Aufforderung an die hiesigen Wählergruppen auf die am 05. März 1933 Stimmen entfallen waren, Wahlvorschläge einzureichen. Damit waren die im Gemeinderat bisher dominierenden bürgerlichen Listen schon einmal ausgeschaltet, da sie ja am 05. März 1933 nicht kandidiert hatten. Nach diesem Wahlergebnis wären 6 Mandate an die NSDAP, 3 an die SPD und 1 an das Zentrum gefallen. Das Zentrum reichte erst gar keinen Wahlvorschlag ein; die Großbockenheimer SPD zog ihren Vorschlag zurück. (Andernorts, wo Sozialdemokraten noch nicht den Mut verloren hatten – wie in Ludwigshafen – wurden ihre Ratsmitglieder gewaltsam aus den konstituierenden Sitzungen entfernt). So lag in Großbockenheim dem Wahlvorstand am 23. April 1933 nur eine 16köpfige Liste der NSDAP vor, von der die ersten 10 als gewählt erklärt wurden! So war aus einer absoluten Mehrheit eine 100%ige Mehrheit

entstanden, der Wählerwille von 253 oppositionellen Mitbürgern wurde einfach ignoriert. Nur zwei Ratsmitglieder hatten schon bisher diesem Gremium angehört. Um die Wahlfarce zu vollenden, wurde für den 26. April 1933 die Neuwahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat angesetzt. Aus den Reihen der NSDAP-Gemeinderäte wurde Karl Böll zum Bürgermeister gewählt; der 1929 noch frei gewählte Georg Ewald durfte weiter als sein Stellvertreter amtieren. Das gleiche Spiel vollzog sich auch in Kleinbockenheim – allerdings mit dem Unterschied, dass hier durch die ebenfalls 100%ige NSDAP-Mehrheit neben Konrad Muth auch Friedrich Schwinn nicht bestätigt, sondern beide durch den Nationalsozialisten Alfred Obernesser als Bürgermeister und Adolf Kleeberger als 2. Bürgermeister ersetzt wurden.⁹

Diese scheindemokratischen Vorgänge konterkarierten die neuen Machthaber dann endgültig mit dem Verbot der Gewerkschaften am 02. Mai 1933 und dem der SPD am 22. Juni 1933: Die christlichen, liberalen und konservativen Parteien hatten zuvor den Weg der Selbstauflösung gewählt. Während die Bockenheimer Arbeiter daraufhin resignierten, die Katholiken durch das Konkordat vom 20. Juli 1933 zumindest beruhigt waren, gelang es den Nationalsozialisten bei ihrer eigenen Klientel weitere Sympathien zu erzeugen. So war es z.B. ein geschickter Machtzug der neuen Gemeindeverwaltung in Großbockenheim, den schon 1932 aus Fußballerkreisen aufgekommenen Wunsch nach einem Winzerfest nun aktiv zu unterstützen. Am dritten Oktobersonntag 1933 war das Dorf erstmals mit Festbesuchern gefüllt – u.a. war auch ein Sonderzug aus Worms mit 600 Teilnehmern eingetroffen – und damit eine bis heute bestehende Tradition begründet.¹⁰

Am 12. November 1933 ließ Hitler seine Politik formal durch eine Volksabstimmung und die Neuwahl des Reichstags bestätigen. Freilich stand dabei nur noch die NSDAP zur Abstimmung. Von 659 Großbockenheimer Wahlberechtigten erschien 650 an der Urne: 644 votierten für die NSDAP; 6 hatten den Mut gefunden ungültig zu wählen.¹¹ In Kleinbockenheim ereignete sich ein Kuriosum: Von 520 Wahlberechtigten votierten 514 für die NSDAP und 7 ungültig! Offensichtlich nahm es die braune Diktatur mit den Zahlen nicht so genau.¹² Wie „ernst“ die Volksabstimmung gemeint war, illustriert die amtliche Anleitung: „Wie wähle ich am 12. November?“ Darin war zu lesen: „Der Wähler hat bei der Volksabstimmung auf dem grünen Stimmzettel in den Kreis unter dem vorgedruckten „Ja“ sein Kreuz einzusetzen. Der Kreis unter dem „Nein“ bleibt frei.“¹³ So informiert, votierten in Großbockenheim 643 Wähler mit „Ja“ und 7 mit „Nein“.¹⁴ In Kleinbockenheim blieb es mit 519 „Ja“ und 2 „Nein“ beim Wählerüberhang.¹⁵

Nach der Beseitigung jeglicher demokratischer Spielregel waren es für die Gruppe um Hitler und Himmler ein leichtes vom 30. Juni bis 02. Juli 1934 mit der „Niederschlagung der Röhmer-Revolution“ jegliche Opposition auch in der nationalsozialistischen Bewegung im Keim zu ersticken. Der Tod von Hindenburgs und die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten vollendeten dann die Machtvollkommenheit Hitlers. Am 19. August 1934 waren die Bockenheimer aufgerufen, diesen Vorgang per Volksabstimmung zu bestätigen. In Großbockenheim erschienen von 706 Wahlberechtigten 695 an der Urne. 691 votierten mit „Ja“ und 4 mit „Nein“.¹⁶ In Kleinbockenheim beteiligten sich 518 der

524 Wahlberechtigten an der Abstimmung. Für Hitler als „Führer und Reichskanzler“ votierten 513, mit „Nein“ stimmten 5 Kleinbockenheimer.¹⁷ Nach diesem „stürmischen“ Sommer brachte dann der Herbst 1934 den pfälzischen Winzern eine Rekordernte von 1 250 000 Hektolitern Wein ein – einer der Gründe auch 1934 in Großbockenheim ein Winzerfest durchzuführen – erneut mit großem Erfolg.¹⁸

Auch das Jahr 1935 ergab neben zentralen politischen Ereignissen – so die Abstimmung im Saargebiet und die Einführung der Wehrpflicht - auch für die beiden Bockenheimer einschneidende Veränderungen. Zum Schuljahresbeginn 1935/36 wurde die protestantische Volksschule in Kleinbockenheim und die überkonfessionelle in Großbockenheim zusammengelegt.¹⁹ Im Spätsommer erfolgte die Neuberufung der Gemeinderäte durch die beiden Bockenheimer Bürgermeister „im Benehmen mit dem Beauftragten der NSDAP“ im Sinne der neuen Deutschen Gemeindeordnung, die die kommunale Selbstverwaltung durch das „Führerprinzip“ ersetzt.²⁰ Dieser weitere Schritt in die absolute Diktatur dürfte die Bockenheimer allerdings weniger verängstigt haben als die Ankündigung, dass auch das Jahr 1935 eine erneute Rekordernte beim Wein mit sich bringen würde. Dabei war das Rekordergebnis von 1934 noch nicht vermarktet; es fehlte an Lagerkapazitäten und die zum Schutze der Winzer eingeführte Preisbindung erlaubte nicht, durch Preisnachlass den Kauf anzuregen. Zudem war durch die Verfolgung der Juden der Weinhandel geschädigt. Unter diesen Umständen griff der Gauleiter der NSDAP eine schon Ende der 20er Jahre geborene Idee auf, den Weinabsatz durch die werbewirksame Einrichtung der Deutschen Weinstraße zu fördern. Des Weiteren wurden Weinpatenschaften zwischen allen pfälzischen Weinbaugemeinden und Städten im Reich festgelegt. Beide Bockenheim erhielten folgende Patenstädte: Worms, Kaiserslautern, Münster in Westfalen, Flensburg und eine Stadt in Pommern. Analog dazu wurde 1935 erstmals auch das Winzerfest in beiden Gemeinden durchgeführt. Der mit diesen Maßnahmen verbundene Preisanstieg des Bockenheimer Weins wurde jedoch dadurch ausgeglichen, dass nahezu alle Lebensmittel sich um bis zu 100 % verteuerten.²¹

Die Nationalsozialisten beantworteten die daraufhin aufkommende Unruhe der Bevölkerung mit der Feststellung, dass Kanonen wichtiger seien als Butter (Göring) und remilitarisierten am 7. März 1936 wieder die Pfalz. Zur Ablenkung bot Hitler Frankreich und Belgien einen Nichtangriffspakt an und befahl für den 29. März 1936 die Neuwahl zum „Reichstag für Freiheit und Frieden“. In Bockenheim wagte niemand mehr Widerspruch. In beiden Orten wurde die NSDAP-Liste von allen Wahlberechtigten angekreuzt. Im ganzen Bezirk Frankenthal gab es nur zwei Gegenstimmen.²² War es zuvor noch unter den Katholiken in Großbockenheim zu Verhaftungen gekommen²³, so band man nun die Arbeiter mit Parolen, wie „Nicht Granaten, sondern Arbeiterhäuser“ (Hitler) ein²⁴ und zeigte sich auch gegenüber den Katholiken wieder versöhnlich in dem man z.B. in Großbockenheim den Bau von St. Lambert gestattete, der noch im gleichen Jahr fertig gestellt wurde.²⁵

Unversöhnlich zeigten sich die neuen Machthaber jedoch gegenüber der jüdischen Gemeinde in Bockenheim. Wohnten 1936 in Großbockenheim noch 39 Juden, so ging ihre Zahl im Jahr 1937 durch Auswanderung – vor allem in die USA - auf 30 zurück. 1938 waren es dann nur noch 18.²⁶ In Kleinbockenheim bot sich das gleiche Bild. Zählte man 1936 noch 28 Personen, so waren es Ende 1937

nur noch 20 Einwohner jüdischen Glaubens.²⁷ Am 13. März 1938 ließ Hitler Österreich besetzen. Die nachfolgende nationale Euphorie ausnutzend, initiierten die Nationalsozialisten für den 10. April 1938 eine Volksabstimmung über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Verbunden war sie mit der Neuwahl des Reichstags. Wie bereits 1936 votierten sowohl in Großbockenheim alle 632 Stimmberechtigten und in Kleinbockenheim alle 486 Stimmberechtigten für die Liste der NSDAP. Im Landkreis Frankenthal ergaben sich insgesamt nur 7 Gegenstimmen. Mit 99,88 % lag der Gau Saarpfalz an der Spitze aller NS-Gaue.²⁸ Somit völlig in einem von der NSDAP beherrschten Umfeld isoliert, mussten die verbliebenen Bockenheimer Juden zunächst ab dem 28. März 1938 ein Vermögen über 5000 RM anzeigen, ab dem 14. Juni 1938 eine Kennzeichnung ihrer Gewerbebetriebe dulden – beides betraf zum Beispiel Alfred Levi, der ein Manufakturwarengeschäft in Großbockenheim unterhielt. Wie alle anderen männlichen Bockenheimer Juden musste er ab dem 17. August 1938 den ergänzenden Vornamen „Israel“ tragen, die Frauen ihrem Vornamen „Sara“ beifügen. Als daraufhin Anfang September 1938 auch mehrere Angehörige der Familie Mayer Bockenheim verließen, war die jüdische Gemeinde nicht mehr lebensfähig und wurde am 20. September 1938 von der jüdischen Kultusgemeinde der Pfalz rückwirkend zum 1. Januar 1938 für aufgelöst erklärt. Trotzdem blieb auch in Bockenheim am 9. November 1938 die Synagoge nicht von der Schändung bewahrt: Sitzbänke, Thoraschreine und Kronleuchter wurden zerschlagen. Thoraschmuck, Ewiges Licht und Trauhimmel zerstört. Leo Mayer aus Kleinbockenheim und Arthur Mayer aus Großbockenheim wurden in das KZ Dachau verbracht. Wer noch konnte, floh nun ins Ausland oder zumindest aus der Pfalz. Ihr Vermögen wurde „arisiert“ - die Synagoge der Gemeinde übertragen. Als am 22. Oktober 1940 die Gauleiter Wagner (Baden und Elsaß) und Bürckel (Saarpfalz und Lothringen) beschlossen, in einer Nacht- und Nebelaktion ihre Gaue „judenrein“ zu machen, lebten noch drei Juden in Kleinbockenheim, sechs in Großbockenheim. Alle wurden nun in ein Lager nach Gurs in Südwest-Frankreich deportiert. Max Mayer liegt dort begraben; Hermann Herz, Hedwig Herz und Berta Zobel aus Kleinbockenheim sowie Alfred Levy, Arthur Mayer, Heinz Mayer, Hedwig Sonnheim und Julie Weil aus Großbockenheim wurden später ins KZ Auschwitz verbracht und sind dort umgekommen.²⁹

Wer dennoch von den Bockenheimern am 9. November 1938 noch geglaubt hatte, die Juden seien an allem Schuld, wurde bald von den Ereignissen eines Besseren belehrt. Zwar wurde im Oktober 1939 noch einmal das Winzerfest begangen, jedoch standen bereits seit dem 1. September 1939 auch Bockenheimer Soldaten an allen europäischen Fronten des Zweiten Weltkriegs. Diese dann gerade in der Bockenheimer Landwirtschaft fehlenden männlichen Arbeitskräfte wurde zunächst ab November 1939 durch polnische Kriegsgefangene, ab Frühjahr 1942 durch den Zwangseinsatz von Ostarbeitern aus Ukraine und Russland ersetzt. Selbst Kinder aus der Ukraine mussten sich bei Bockenheimer Bauern verdingen.³⁰ Mit dem Frühjahr 1942 kamen jedoch nicht nur verstärkt Zwangsarbeiter nach Groß- und Kleinbockenheim – auch immer mehr Mitteilungen über gefallene Bockenheimer Soldaten erreichten die Angehörigen. Am Ende - im Mai 1945 - waren schließlich 55 tote Soldaten in Kleinbockenheim und gar 63 in Großbockenheim zu beklagen. Dazu kommen drei Ziviltote durch zwei Bombenangriffe auf Großbockenheim; schwere

Gebäudeschäden im Mitteldorf waren eine weitere Folge davon.³¹ Nur dem schnellen Vormarsch der Alliierten war es zu verdanken, dass nach dem 18. März 1945 nicht noch alle Bockenheimer ihre Heimat verlassen müssen, als Hitler „die völlige Freimachung des Großkampfraumes westlich des Rheines“ befahl. Und ein letztes sinnloses Sterben verhinderte mit anderen der katholische Pfarrer Isidor Schlachter, als sie am 21. März 1945 mit einer weißen Fahne auf die amerikanischen Panzer zuingen, die von Kindenheim kommend auf Bockenheim vorstießen und so von der Wehrmacht die nahezu kampflose Übergabe beider Dörfer erzwangen.³²

¹ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz; Mainz 2001.

² Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Großbockenheim (1919-1953).

³ Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Kleinbockenheim (1899-1933).

⁴ Vgl. Wunder, Gerhard: Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832, Neustadt a.d.W. 1985, S. 80 f.

⁵ Vgl. Paul, Roland: Karl Klingel (1859-1936): Der „Renommierbauer“ der pfälzischen SPD, in: Geis, Manfred / Nestler, Gerhard (Hrsg.): Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49, Edenkoben 1999.

⁶ Vgl. Christine Nöth-Heuser: Die Reichskristallnacht und ihre Folgen, in: Die Rheinpfalz, Grünstadter Ausgabe, November 1988.

⁷ Vgl. Niederberger, Hans: Schicksale jüdischer Mitbürger in Bockenheim an der Weinstraße. Herausgegeben von der Gemeindeverwaltung Bockenheim an der Weinstraße, Bockenheim an der Weinstraße 1988, S. 10. sowie Gemeindearchiv Bockenheim: Sammlung zur jüdischen Gemeinde.

⁸ Vgl. Anm. 1

⁹ Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Großbockenheim (1919-1953).

¹⁰ Vgl. Böshenz, Jakob: Stimme der Heimat, Bockenheim 1951, S. 78 und Schreiber, Christian: Wie es zum Bockenheimer Winzerfest kam, in: Bockenheim an der Weinstraße 1956. Festbuch aus Anlaß der Wiedervereinigung der Gemeinden Großbockenheim und Kleinbockenheim zur Gemeinde Bockenheim an der Weinstraße. Herausgegeben von der Gemeindeverwaltung Bockenheim an der Weinstraße, Bockenheim an der Weinstraße 1956, Seite 45 f.

¹¹ Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Großbockenheim (1919-1953).

¹² Vgl. Generalanzeiger Ludwigshafen vom 13. November 1933.

¹³ Vgl. Generalanzeiger Ludwigshafen vom 8. November 1933.

¹⁴ Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Großbockenheim (1919-1953).

¹⁵ Vgl. Generalanzeiger Ludwigshafen vom 13. November 1933.

¹⁶ Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Großbockenheim (1919-1953).

¹⁷ Vgl. Neue Pfälzische Landes-Zeitung vom 20. August 1934.

¹⁸ Vgl. Rothenberger, Karl-Heinz: Chronik der Ereignisse, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Hrsg. von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler., Landau 1997, S. 512 und Böshenz (Anm. 10), S. 78.

¹⁹ Vgl. Artikel Knissel.

²⁰ Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Großbockenheim (1919-1953).

²¹ Vgl. Rothenberger (Anm. 18), S. 514 und Böshenz (Anm. 10), S. 78.

²² Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Großbockenheim (1919-1953) sowie Generalanzeiger Ludwigshafen vom 30. März 1936.

²³ Mündliche Auskünfte vom 29. Oktober 2005 von einer Tochter eines Verhafteten an den Autor.

²⁴ Vgl. Generalanzeiger Ludwigshafen vom 30. März 1936.

²⁵ Vgl. Artikel Schlatter: St. Lambert.

²⁶ Vgl. Niederberger (Anm. 7), S. 41.

²⁷ Ebenda, S. 133.

²⁸ Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Ordner Wahlen Großbockenheim (1919-1953) sowie Generalanzeiger Ludwigshafen vom 11. April 1938.

²⁹ Vgl. Stadtarchiv Frankenthal: Bestand Verwaltung jüdisches Vermögen: Akte Nr. 25: Israelitische Kultusgemeinde Großbockenheim sowie weitere einzelne Personenakten, z.B. zu Alfred Levy; Gemeindearchiv Bockenheim: Sammlung zur jüdischen Gemeinde sowie Niederberger (Anm. 7) und Alter, Willi (Hg.): Pfalzatlas, Band II, Speyer 1994, Karte 149.

³⁰ Vgl. Gemeindearchiv Bockenheim: Zwangsarbeiterkartei.

³¹ Vgl. Böshenz (Anm. 10), S. 79.

³² Vgl. Rothenberger (Anm. 18), S. 538 f. sowie mündliche Auskünfte Bockenheimer Zeitzeugen 2006 an den Autor.